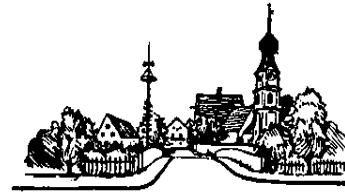


**Sozialdemokratische  
Fraktion  
im Bezirksausschuss 21  
Pasing-Obermenzing**



Antrag an den BA 21 Pasing-Obermenzing für die Sitzung am 13.4.2010

**Soziale Absicherung der 120 Wohnungen der GBW in Pasing-Obermenzing**

**Antrag:**

Die Stadt München wird aufgefordert, sich bei der Bayrischen Staatsregierung für die soziale Absicherung der Mieter der GBW Wohnungen auch in einzusetzen. Die Mietverträge sollen, so wie im Fall „Ludwigsfeld“, um eine soziale Absicherung ergänzt werden, z.B. Wohnrecht auf Lebenszeit und eine Begrenzung der Mieterhöhungen.

**Begründung:**

Die Bayrische Landesbank hat durch Fehlinvestitionen viel Geld verloren, die durch die Steuerzahler ausgeglichen werden sollen. Deshalb wird die Bayern LB auch ihre Wohnungsgesellschaft GBW verkaufen müssen. Für unseren Stadtteil bedeutet das, dass in Pasing-Obermenzing ca. 120 Wohnungen gefährdet sind.

Die Landeshauptstadt München soll nicht für die Fehlspekulationen der Bayrische LB die Zeche zahlen. Der Freistaat Bayern muss sich seiner Verantwortung stellen. Der Freistaat Bayern darf daher nicht aus seiner sozialen Verantwortung den Mietern gegenüber entlassen werden.

Willy Schneider  
Mieterbeiratsmitglied

Richard Roth  
Fraktionssprecher SPD